

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

21.04.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Trotz Protesten auf Rügen: Kanzler hält an LNG-Plan fest</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 21.04.2023</i> .....	3
2   <b>Nach Scholz-Visite: Rügauer enttäuscht</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügauer Zeitung, 21.04.2023</i> .....	4
3   <b>Woidke ruft Söder zu Vorschlägen für Atom-Endlager auf</b> <i>Welt.de, 20.04.2023</i> .....	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 21.04.2023 | S. 1

📄 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

👤 Martina Rathke, Gerald Kleine Wördemann

## Trotz Protesten auf Rügen: Kanzler hält an LNG-Plan fest

### Scholz und Habeck in Binz mit Pfiffen empfangen / Gesprächsteilnehmer enttäuscht

Hitziger Empfang in Binz: Mit Pfiffen und Rufen haben rund 600 Demonstranten Olaf Scholz (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Donnerstagnachmittag auf der Insel Rügen empfangen. Der Kanzler und sein Vize stellten sich anschließend hinter verschlossenen Türen den Fragen von 50 Insel-Vertretern und warben für den Bau eines LNG-Terminals vor der Küste, gegen das seit Wochen protestiert wird.

Wie erwartet, hält der Bund an den Plänen für Rügen fest. „Wir brauchen die Terminals im Osten Deutschlands“, sagte Scholz nach den knapp zweistündigen Gesprächen. Die Terminals und Pipelines in der Nordsee reichten allein nicht aus. Er wolle eine Lösung, die „Tourismus, Umweltschutz und Lebensqualität“ berücksichtige. Wirtschaftsminister Habeck sagte: „Wir müssen die Debatte führen, weil es um die Energieversorgung geht und wir noch nicht durch sind.“

Andere Teilnehmer äußerten sich enttäuscht: „Ich habe den starken Eindruck, dass sich die Bundesregierung auf Mukran festgelegt hat“, sagte Sascha Müller-Kraenner, Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Karsten Schneider, Bürgermeister von Binz, hatte auch den Eindruck, dass der Bund „an Mukran festhält“. Aus Kreisen der Landesregierung hieß es, der

Bund wolle ein Terminal direkt an der Kaikante des größten Inselhafens. Anträge lägen noch nicht vor.

Matthias Dettmann, MV-Geschäftsführer des Dehoga: „Es ist dramatisch, dass jetzt ein Zungenschlag reinkommt, dass die ostdeutschen Länder die Last tragen müssen.“ Das Treffen habe „die Existenzängste im Tourismus nicht ausgeräumt“. Immerhin: Alle Teilnehmer lobten die gute Atmosphäre der Gespräche „auf Augenhöhe“.

Anders als Scholz hatte sich Ministerpräsidentin Manuela Schwesig zuvor zusammen mit Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (beide SPD) den Protestierenden gestellt. Umringt von Kameraleuten und Polizisten sprachen sie mit Teilnehmern. Das Spektrum der Demonstranten vor dem „Haus des Gastes“, wo die Konferenz stattfand, reichte von „Fridays For Future“ bis zur Gruppe „Rügen wehrt sich“, die auf Transparenz die Öffnung von Nord Stream 2 forderte.

Für Thomas Kunstmann von der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“ kamen die Gespräche „viel zu spät“. Der Protest werde von der gesamten Rügener Gesellschaft getragen. Grund für die breite Ablehnung sind befürchtete Schäden für das Ökosystem Ostsee und den Wirtschaftszweig Tourismus.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 21.04.2023 | S. 9

📄 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

👤 Gerald Kleine Wördemann, Martina Rathke

## UMSTRITTENE LNG-PLÄNE DES BUNDES

# Nach Scholz-Visite: Rügener enttäuscht

**Rund 600 Demonstranten hatten auf einen Kurswechsel gehofft. Ihre Erwartungen wurden nicht erfüllt.**

Ein Doppelwumms kündigt den hohen Besuch an: Zwei Stunden vor dem Eintreffen von Bundeskanzler Olaf Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck lassen zwei laute Knallgeräusche die Binzer zusammensucken. „Was war das?“, sagt ein Polizist und schaut irritiert an den Himmel. Der Lärm entpuppt sich später als möglicher Überschallknall zweier Flugzeuge. Später - bei der Ankunft des Kanzlers - wird es noch einmal laut.

Diesmal ist es der Ärger über Scholz' Doppelwumms und das neue Deutschlandtempo, zu dem auch ein LNG-Terminal vor Rügen gehören soll. Als die Kanzlerlimousine um die Ecke biegt, werden Scholz und Habeck mit Pfiffen und Rufen empfangen. Sprechchöre wie „Wir wollen kein LNG“ tönen dem Regierungschef und seinem Vize entgegen, die sich mit 50 Vertretern der Insel hinter verschlossenen Türen zu einem Gespräch über das umstrittene Bauprojekt des Bundes treffen wollen. Touristiker auf der Insel sprechen von einem Dialog, der längst überfällig gewesen sei. Knut Schäfer, Chef des Tourismusverbandes Rügen, findet drastische Worte: „Das, was wir bislang erlebt haben, war eine Kommunikationskatastrophe.“

Auf der Straße ist die Stimmung aufgeheizt. Rund 600 Demonstranten zeigen, was sie von den Terminalplänen des Bundes halten. Unter ihnen ist auch Hiltraut Flemming aus der Uckermark. Stammurlauberin seit 25 Jahren. In Schwedt hat sie erlebt, wie dem PCK im vergangenen Jahr quasi der Ölhahn abgedreht wurde. „Das sind doch so krasse Gegensätze. Hier wird mit dem LNG-Terminal fossile Infrastruktur aufgebaut“, sagt die 69-Jährige. Melanie Schmid, Landwirtin aus Mukran, hat wenig Erwartungen, dass Scholz seine Position ändern wird. „Es wird nicht viel passieren“, sagt sie. Aber sie hoffe, dass die Politiker bemerken, dass das Terminal vor Rügen keine gute Lösung sei. Schmidt hat Angst, dass direkt vor ihrer Haustür eine Industrieanlage entstehe, deren Auswirkungen

nicht absehbar seien. „Fragen Sie mal in Lubmin, was dort passiert.“ In der Nachbargemeinde von Lubmin gibt es Beschwerden über Lärm durch das Terminal der Deutschen Regas.

Die Bürgermeister und Touristiker, die im Gegensatz zu Scholz mit einem großen Hallo und Applaus von den Demonstranten empfangen wurden, sitzen zu diesem Zeitpunkt bereits im Saal im ersten Stock des „Haus des Gastes“. Der Binzer Bürgermeister Karsten Schneider hofft auf ein „offenes, sachliches und konstruktives Gespräch“.

Zwei Stunden später - nach dem Ende der Debatte - erklärt er: Ein Gespräch auf Augenhöhe habe es tatsächlich gegeben. Allerdings ist Schneider enttäuscht von dem Ergebnis. Scholz hat angekündigt, an den Plänen für das Terminal festhalten zu wollen. Es gehe um die Energiesicherheit Deutschlands, so Scholz. Schneider stellt klar: „Wir werden weiter den Willen der Bevölkerung umsetzen.“

Auch Stefanie Dobelstein, Sprecherin der Bürgerinitiative „Lebenswertes Rügen“, ist ernüchtert. Scholz und Habeck hätten keine überzeugende Antwort zu den angeblichen Überkapazitäten gegeben. Erdgas sei ein globales klimarelevantes Problem. Das zeige auch der Zuspruch aus allen Teilen Deutschlands.

Mehrere Studien zweifeln an der Notwendigkeit zusätzlicher LNG-Terminals in Deutschland. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hält die von der Bundesregierung geplante Erweiterung des LNG-Beschleunigungsgesetzes für rechtswidrig. „Das LNG-Terminal vor Rügen wird laut gleich mehrerer Studien gar nicht für die Energiesicherheit gebraucht.“ Der Schaden für Klima, Umwelt und Tourismus wäre jedoch verheerend. „Niemand möchte neben einer gigantischen Industrieanlage wie einem LNG-Terminal Urlaub machen“, sagt DUH-Bundesgeschäftsführer

Sascha Müller-Kraenner.

Nach dem Pressestatement steigen Scholz und Habeck in ihre Limousinen und fahren, begleitet unter Pfiffen von etwa 100 übrig gebliebenen Demonstran-

ten, davon. Der Scholz'sche Doppelwumms fand statt, aber anders als von vielen Rügern erhofft. Die Chancen, dass ein LNG-Terminal auf oder vor Rügen gebaut wird, sind seit Donnerstag nicht kleiner geworden.

Welt.de | 20.04.2023 | S. Online 20.04.2023 14:16 Uhr

WEBLINK

## Woidke ruft Söder zu Vorschlägen für Atom-Endlager auf

*Bayerns CSU-Ministerpräsident Söder stößt mit seinem Vorstoß zum Weiterbetrieb von Atommeilern in Länderregie außerhalb der Union auf immer mehr Kritik. Brandenburgs SPD-Regierungschef Woidke ruft Söder dazu auf, die Frage des Atommülls zu klären.*

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat Bayerns Regierungschef Markus Söder (CSU) im Streit um das Ende der Atomkraftwerke zu Vorschlägen für ein Endlager aufgefordert. "Brandenburg weiß anhand des Rückbaus des DDR-Kraftwerks Rheinsberg um die Bürde der Kernenergie. Wenn Ministerpräsident Söder nun für die Atomenergie auf eigene Zuständigkeit pocht, freue ich mich über seine Vorschläge zu Endlagerstandorten in Bayern", sagte Woidke der Deutschen Presse-Agentur.

Söder hatte kurz nach der Abschaltung der letzten drei Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland gefordert, AKW wie den abgeschalteten Meiler Isar 2 in Landesverantwortung weiter zu betreiben. Er verlangte dafür vom Bund eine Änderung des Atomgesetzes. Die letzten drei verbliebenen deutschen AKW wurden am Sams-

tagabend abgeschaltet.

Brandenburgs Ministerpräsident warf Bayern mangelnde Anstrengungen für mehr Öko-Energien vor. "Wir in Brandenburg nehmen unsere Verantwortung für die notwendige Energiewende schon seit vielen Jahren ernst und befinden uns heute - im Gegensatz zu Bayern - in der Spitzengruppe unter den deutschen Ländern beim Ausbau der erneuerbaren Energien", sagte Woidke. "Was die Bayern in den letzten Jahren verschlafen haben, können sie nun mit unrealistischen Forderungen nicht übertünchen."

Das Kernkraftwerk Rheinsberg war nach Angaben des Entsorgungswerks für nukleare Anlagen im Juni 1990 nach 24 Jahren Betriebszeit abgeschaltet und stillgelegt worden. Es diente der Forschung.